



SSK - Schweizerische Staatsschreiberkonferenz
CCE - Conférence suisse des Chanceliers d'Etat
CCS - Conferenza svizzera dei Cancellieri di Stato

Tätigkeitsbericht

für den Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 30. Juni 2021

www.cce-ssk.ch

info@www.cce-ssk.ch



Inhaltsverzeichnis

1	Organe und Mutationen	3	3.8	Fachgruppe Cyber	8
1.1	Zusammensetzung des Vorstands	3	3.9	Institutsrat des Instituts für Föderalismus	8
2	Aktivitäten der Konferenz	4	3.10	Andere Vertretungen	8
2.1	Vorstandssitzungen	4	3.10.1	Planungsausschuss E-Government Schweiz	8
2.2	Mitgliederversammlung	4	3.10.2	Interkantonale Fachgruppe E- Government (FG e-Gov)	9
2.2.1	Herbstkonferenz 18./19. September 2020 in Thun	4	4	Laufende Projekte	10
2.2.2	Frühjahreskonferenz	5	4.1	E-Voting	10
2.3	Arbeitsgruppe «Zukunft»	5	4.1.1	Steuerungsausschuss Vote électronique (SA VE)	10
3	Vertretung in anderen Gremien	6	4.1.2	Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen und -kanzler	10
3.1	Treffen der Präsidien der interkantonalen Direktorenkonferenzen	6	4.1.3	Unterarbeitsgruppe zur Wiederaufnahme des E-Voting	10
3.2	Konferenz der Sekretariate der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)	6	4.1.4	Arbeitsgruppe Kommunikation	11
3.3	Vorstand der Gesellschaft für Parlamentsfragen	6	4.1.5	Arbeitsgruppe Zukunft der elektronischen Stimmabgabe	11
3.4	Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)	7	4.2	Begleitgruppe Digitale Verwaltung	11
3.5	Leitender Ausschuss der ch Stiftung	7	5	Weitere Aktivitäten	12
3.6	Organisationskomitee Seminar Interlaken (Seminar der Kantonsregierungen)	7	5.1	Veröffentlichung von Studien	12
3.7	Steuerungsausschuss E-Government Schweiz	7	5.2	Interkantonale Vergleiche	12

Freiburg, im August 2021

Korrespondenzadresse:

Schweizerische Staatsschreiberkonferenz, c/o Staatskanzlei Freiburg, Chorherrengasse 17, 1701 Freiburg,
Tel: +41 (0)26 305 10 40. E-Mail: info@ssk-cce.ch, www.cce-ssk.ch

Titelbild: Herbstkonferenz 2020, Danielle Gagnaux-Morel

1 Organe und Mutationen

1.1 Zusammensetzung des Vorstands

Im Berichtsjahr setzte sich der Vorstand wie folgt zusammen:

Präsidentin	Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS
Vizepräsident	Stefan Bilger, SH
Vertreter des Bundes	Walter Thurnherr, Bundeskanzler
Generalsekretärin	Danielle Gagnaux-Morel, FR
Verantwortlicher Institutionen	Roger Nobs, AR

2 Aktivitäten der Konferenz

2.1 Vorstandssitzungen

Im Berichtsjahr hat der Vorstand viermal getagt, und zwar am 14. August 2020, am 7. Dezember 2020, am 21. Februar 2021 und am 21. Juni 2021.

Die Diskussionen im Vorstand betrafen vor allem die Covid-19-Gesundheitskrise, genauso wie an der Herbstkonferenz 2020 und in der Frühjahrskonferenz 2021 (online). Auf der Ebene der SSK wurden vor allem institutionelle Fragen im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise erörtert. Es wurde festgestellt, dass die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen je nach Kanton sehr unterschiedlich sein konnte. Einige Kantone stützen sich gerne auf den Bund, andere halten sich strikte an die Grundsätze des Föderalismus. Obwohl die Bilanz an der Herbsttagung diesbezüglich eher nüchtern ausfiel, konnte eine deutliche Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und des Informationsflusses zwischen Bund und Kantonen festgestellt werden. Ein weiterer Grund zur Besorgnis sind die häufigen Vernehmlassungen und insbesondere die damit verbundenen sehr kurzen Fristen. Diese sind für die Kantone problematisch und sollten nur wirklich dringenden Fällen vorbehalten sein.

Das E-Voting bleibt ein zentrales Thema für die SSK und ihren Vorstand. Es ist festzustellen, dass sich das politische Klima verbessert hat und dass Anstrengungen im Bereich der Kommunikation unternommen wurden. Die Freigabe des Quellcodes durch die Post hat zudem keine entscheidenden Probleme verursacht und wurde von sonst kritischen Stimmen gar begrüsst. Für die Wiedereinführung von E-Voting-Projekten wurde beschlossen, eine spezielle Arbeitsgruppe für Kommunikation einzurichten. In der Folge hat auch das Thema E-Collecting sowohl im Bundesparlament als auch in einigen Kantonen an Dynamik gewonnen. Die interessierten Kantone werden eine Arbeitsgruppe bilden, die das Projekt auf interkantonaler Ebene unter der Leitung von Schaffhausen und St. Gallen begleitet.

2.2 Mitgliederversammlung

2.2.1 Herbstkonferenz 18./19. September 2020 in Thun

An der Herbstkonferenz wurden der Jahresbericht und die Jahresrechnung sowie das Budget 2020-2021 und der Mitgliedsbeitrag angenommen. Der Vorstand wurde wiedergewählt.

An der Versammlung wurden ferner die Ergebnisse einer Umfrage über die Rolle der Staatskanzleien während der Covid-19-Krise diskutiert. Der Standpunkt der Kantone wurde insbesondere von Roland Mayer, Generalsekretär der KdK, zum Ausdruck gebracht, der Standpunkt der Eidgenossenschaft von Bundeskanzler Walter Thurnherr. Die sehr kurzen Zeiten für die Vernehmlassungen und die Schwierigkeit für Journalistinnen und Journalisten, einen einheitlichen Zugang zu Bundesbern zu haben, wurden ebenso erwähnt wie die gute Zusammenarbeit mit den Fachkonferenzen. Die direkten Kontakte zwischen der Bundeskanzlei und den Staatskanzleien der Kantone wurden sehr geschätzt und ermöglichten eine effiziente Informationsübermittlung. Es wurden verschiedene Möglichkeiten zur Verbesserung des Krisendialogs zwischen Bund und Kantonen diskutiert, unter anderem die Frage, ob es sinnvoll ist, den Kanal der Direktorenkonferenzen oder den Kanal der Staatskanzleien zu nutzen. Schliesslich wurde beschlossen, dass Roland Mayer die Elemente der Diskussion in die KdK bringen wird, damit diese einen Steuerungsprozess definieren kann.

Auch das E-Voting war ein wichtiges Thema an der Herbstkonferenz. Walter Thurnherr informierte die Versammlung darüber, dass in der Unterarbeitsgruppe intensiv daran gearbeitet wird, die Nutzung des elektronischen Abstimmungskanals so bald als möglich wieder zu ermöglichen.

2.2.2 Frühjahreskonferenz

Die Frühjahreskonferenz 2021, für die Schaffhausen als Tagungsort vorgesehen war, wurde aufgrund der Covid-19-Gesundheitskrise online abgehalten. Die Bewältigung der Covid-19-Krise war erneut das Hauptthema dieser Konferenz, wobei festgestellt wurde, dass der Bund die Kantone nicht ausreichend in seine Entscheidungen einbezogen hatte. Auch die Rollenverteilung zwischen der KdK und den Direktorenkonferenzen war nicht optimal. Lukas Gresch, Generalsekretär des Eidgenössischen Departements des Innern und ehemaliger Staatskanzler des Kantons Luzern, gab einen Einblick in die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Er verwies insbesondere auf die Notwendigkeit, pragmatische Lösungen zu finden, wenn die üblichen Instrumente nicht einsetzbar sind. Er ist auch der Auffassung, dass die Koordination durch die GDK eine Konsolidierung der Antworten der Kantone auf die Vernehmlassungen ermöglicht. Er hat auch eingeräumt, dass es auch so nicht immer möglich ist, eine konsolidierte Position zu erhalten. Alle sind der Auffassung, dass die Kommunikation und die Zusammenarbeit während der Krise verbessert werden konnten. Der Föderalismus wurde seiner Rolle als Versuchsfeld gerecht, und ermöglichte, ein gewisses institutionelles Gleichgewicht zu wahren.

2.3 Arbeitsgruppe «Zukunft»

Aufgrund der Covid-19-Pandemie ruhte die Tätigkeit der Arbeitsgruppe Zukunft weitgehend. Verschiedene Rücktritte im laufenden und im vergangenen Berichtsjahr (Lukas Gresch, Vincenza Trivigno, Gladys Winkler Docourt) führten zu Vakanz. Die Verbindung zum Vorstand stellt neu Roger Nobs sicher. Die übrigen Vakanz sind noch durch die Arbeitsgruppe zu besetzen.

Roger Nobs, AR

3 Vertretung in anderen Gremien

Im Berichtsjahr war die Konferenz durch einige ihrer Mitglieder und Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter der Staatskanzleien in verschiedenen Gremien vertreten. In den folgenden Abschnitten berichten die Vertreterinnen und Vertreter kurz über ihre Aktivitäten.

3.1 Treffen der Präsidien der interkantonalen Direktorenkonferenzen

Die SSK hat an den beiden Sitzungen der Präsidien der Direktorenkonferenzen teilgenommen. Die virtuelle Sitzung im September 2020 und die physische Sitzung im Januar 2021 standen im Zeichen der Covid-19-Pandemie. Die Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Kantonen, die Rolle der stark involvierten Direktorenkonferenzen sowie die Evaluation und Analyse der ersten und zweiten Welle standen dabei im Zentrum.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

3.2 Konferenz der Sekretariate der interkantonalen Konferenzen (KoSeKo)

Der Schwerpunkt der Tätigkeit der KoSeKo lag im Berichtsjahr ebenfalls auf der Covid-19-Pandemie. Die KoSeKo widmete sich insbesondere der Evaluation der Krisenbewältigung, indem sie die Konzepte und die Entwürfe für die Berichte der KdK zuhanden der Kantone diskutierte. Der Sitzungsrythmus konnte auf ein beinahe normales Mass zurückgefahren werden, da sich die Abläufe weitgehend eingespielt hatten. Insbesondere der Wechsel von der Koordination durch die Schweizerische Konferenz der Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) hin zur direkten Kommunikation zwischen dem Bund und den Staatskanzleien verringerte den Koordinationsbedarf unter den Konferenzen erheblich. Für diesen Wechsel hatte sich insbesondere die Schweizerische Staatsschreiberkonferenz wiederholt stark gemacht.

Roger Nobs, AR

3.3 Vorstand der Gesellschaft für Parlamentsfragen

Der Vorstand traf sich in der Berichtsperiode 2020/21 nur zu einer virtuellen Sitzung im Frühjahr 2021. 2020 konnten keine Veranstaltungen durchgeführt werden, es erschienen einzig die Mitteilungsblätter der Gesellschaft. Die im November 2020 geplante Jahresversammlung musste trotz aller Bemühungen abgesagt werden. Die Mitteilungsblätter 2020 hatten als Schwerpunktthemen «Neue Finanzierungsformen staatlicher Aufgaben im Lichte der parlamentarischen Kontrolle» und im Juni Pandemie-konform «Rechte von Parlamenten und ihren Organen in Krisensituationen». Von Pflichten war weniger die Rede. Selbst Präsident Ruedi Lustenberger konstatierte in seinem Beitrag, dass sich der schweizerische Gesetzgeber temporär aus dem Spiel genommen und dem Bundesrat die alleinige Bewältigung der Krise übertragen habe. In der Zwischenzeit hat sich die Gewaltenteilung jedoch wieder eingependelt. Das Mitteilungsblatt 1/2021 befasste sich folgerichtig mit dem Thema «Physische oder virtuelle Präsenz von Mitgliedern von Parlamenten». Ständerat Dr. Andrea Caroni, Präsident der staatspolitischen Kommission des Ständerates, kam in seinem Beitrag selbst zum Schluss, dass die beim Bundeparlament realisierte Lösung einer Teilnahme an Abstimmungen in Abwesenheit nur ein in dieser Situation gerechtfertigter Notbehelf sei und keineswegs ein Schritt zu einem gänzlich virtuellen Parlament. Die erste Sitzung des Vorstandes befasste sich nebst den Themen der Mitteilungsblätter 2021 mit den künftigen Jahresversammlungen, welche in Luzern (2021) und im Bundeshaus in Bern (2022) stattfinden sollen.

Hansjörg Dürst, GL

3.4 Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK)

Der Vorstand tagte in der Berichtsperiode vier Mal. Neben den statutarischen Aufgaben stand das Projekt zur Integration der SIK in die künftige Digitale Verwaltung Schweiz (DVS) im Zentrum der Tätigkeit. Auf der Grundlage eines zu diesem Zweck in Auftrag gegebenen Rechtsgutachtens genehmigte der Vorstand formell die institutionelle Umgruppierung innerhalb der DVS zuhanden seiner Delegiertenversammlung. Diese hat den Vorschlag akzeptiert. Im Zusammenhang mit dem Rechtsstatus des SIK, der sich von dem der künftigen DVS unterscheidet und von dem einige der derzeit von der SIK erbrachten Leistungen abhängig sind (insbesondere Rahmenverträge für digitale Services und allgemeine Geschäftsbedingungen), müssen noch einige Punkte genauer geprüft werden. Die SIK wird weiterhin die Rahmenverträge und allgemeinen Geschäftsbedingungen für die öffentlichen Verwaltungen der Schweiz verwalten, bis die rechtlichen Grundlagen es der DVS erlauben, diese Tätigkeiten zu übernehmen.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.5 Leitender Ausschuss der ch Stiftung

Der leitende Ausschuss trat zweimal zusammen, am 12. November 2020 und am 20. Mai 2021. Das Tätigkeitsprogramm für den Zeitraum 2021 - 2024 wurde vom Stiftungsrat geprüft und angenommen. Die vom Sekretariat der ch Stiftung durchgeführten Aktivitäten konnten aufgrund der COVID-19-Situation mehr oder weniger gut fortgesetzt werden. Im Berichtszeitraum unterstützte der Vorstand der ch Stiftung zwei Hauptaktivitäten im Bereich des Föderalismus. Erstens wurde die Föderalismuskonferenz unter der Schirmherrschaft des Kantons Basel-Stadt am 27. und 28. Mai 2021 in digitaler Form organisiert. Zweitens wurde der Föderalismuspreis verliehen, bei dem die Unterzeichnerin Mitglied der Jury war. Den Preis gewann das Projekt easy vote des Dachverbands der Schweizer Jugendparlamente. Der Preis ist mit 10 000 Franken dotiert und wurde an der Föderalismuskonferenz [online](#) verliehen. Das Projekt easy vote, das aus 50 Bewerberinnen und Bewerbern ausgewählt wurde, hat die Jury aufgrund des wesentlichen Beitrags zur Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben unseres Landes überzeugt.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

3.6 Organisationskomitee Seminar Interlaken (Seminar der Kantonsregierungen)

Die Ausgabe 2021 des Regierungsseminars musste pandemiebedingt abgesagt werden. Die Massnahmen des Bundes und des Kantons Bern hätten eine Durchführung nicht zugelassen. Eine ordnungsgemässe und insbesondere sichere Gestaltung des Seminars wäre ohnehin nicht möglich gewesen. Der Veranstaltungsort zeigte sich sehr kulant und buchte alle bereits getätigten Zahlungen auf das nächste Seminar. Dies lag mitunter auch daran, dass das Hotel bis Ende Februar 2021 gänzlich geschlossen blieb. Das Organisationskomitee plant die Ausgabe 2022 im gewohnten Rahmen und hat die Vorbereitungsarbeiten bereits weit vorangetrieben.

Roger Nobs, AR

3.7 Steuerungsausschuss E-Government Schweiz

Der Unterzeichnende vertritt die SSK seit dem 1. Januar 2020 im Steuerungsausschuss E-Government Schweiz, der von Bundesrat Ueli Maurer präsiert wird. Die Kantone werden darin von Regierungsrätin Maya Büchi-Kaiser, Kanton Obwalden, Staatsrat Jean-Pierre Siggen, Kanton Freiburg, und Kanzleidirektor Daniel Spadin, Kanton Graubünden, vertreten.

Im Frühjahr 2020 haben der Bundesrat und die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) das weitere Vorgehen im Projekt «Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)» beschlossen. Ziel dieses langfristigen Vorhabens ist es, die strategische Steuerung und Koordination von Digitalisierungsaktivitäten von Bund, Kantonen und Gemeinden durch eine Zusammenführung bestehender Strukturen und eine Bündelung der entsprechenden Kräfte wirksamer zu gestalten. Dies soll in drei aufeinander aufbauenden Varianten schrittweise erfolgen. Eine Arbeitsgruppe, in der Mitarbeitende der Geschäftsstellen von E-Government

Schweiz und der Schweizerischen Informatikkonferenz SIK, sowie weitere Finanz- und Rechtsexperten von Bund und Kantonen mitwirkten, hatten an der Struktur, den Aufgaben und der Finanzierung der angestrebten neuen Organisation gearbeitet. Im Oktober 2020 wurde das Projekt in Bern an einem «Runden Tisch Digitale Verwaltung Schweiz» vorgestellt. «E-Government-Schweiz» und die «Schweizerische Informatikkonferenz SIK» sollen dabei fusionieren und in der neuen Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)» aufgehen, wobei noch einige Detailfragen zu klären sind. Die operativen Projekte (Umsetzungsplan) und das Budget von «E-Government-Schweiz» sollen von der DVS weitergeführt bzw. übernommen werden. Es ist geplant, dass die DVS ihre Tätigkeit im Haus der Kantone ab Januar 2022 aufnehmen wird. Nach dem Rücktritt von Cédric Roy als Leiter Geschäftsstelle E-Government Schweiz übernahm im Frühjahr 2021 Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz, seine Nachfolge.

Daniel Spadin, GR

3.8 Fachgruppe Cyber

Die Staatsschreiberkonferenz (SSK) wird in der Fachgruppe Cyber durch den Schwyzer Staatsschreiber Dr. Mathias E. Brun vertreten. Die Fachgruppe Cyber ist daran, die zweite nationale Cyber-Strategie (NCS II) umzusetzen. Der Umsetzungsplan «Kantone» beinhaltet folgende Punkte:

1. Entwicklung eines Weiterbildungskonzepts für kantonale Verwaltungen;
2. Malware Information Sharing Plattform von MELANI für die und mit den Kantonen;
3. Präventionskampagne zur Sensibilisierung für Cyberrisiken;
4. Cyber-Übungen mit kritischen Infrastrukturen im Gesundheitssektor;
5. Schaffung einer kantonalen Organisation für Cyber-Sicherheit.

Die Umsetzungsarbeiten kommen plangemäss voran, wobei die SSK nur am Rande davon betroffen ist. Die federführende KKJPD hat im Rahmen des Umsetzungsplans sowohl das Weiterbildungskonzept «E-Learning Cybersicherheit» wie auch das Konzept für die Schaffung einer kantonalen Organisation für Cyber-Sicherheit im Berichtsjahr genehmigt. Um die Cyber-Sicherheit bei der breiten Bevölkerung stärker zu verankern, wurde u. a. mit der Plattform «eBanking – aber sicher!» eine nationale Sensibilisierungskampagne in Form einer Aktionswoche durchgeführt.

Dr. Mathias Brun, SZ

3.9 Institutsrat des Instituts für Föderalismus

Der Institutsrat des Instituts für Föderalismus hat in der Berichtsperiode 2020/2021 am 7. Dezember 2020 sowie am 29. März 2021 getagt, wobei beide Sitzungen wegen der Corona-Pandemie auf dem Zirkulationsweg durchgeführt werden mussten. Der Rat hat die üblichen statutarischen Geschäfte behandelt. Er durfte erfreut zur Kenntnis nehmen, dass im September 2020 auch der Ständerat als Zweitrat der Motion für eine Beteiligung des Bundes an der Grundfinanzierung des Instituts für Föderalismus zugestimmt hatte. Als Vertreter der KdK und Nachfolger von Ständerat Benedikt Würth wurde Regierungsrat Christian Rathgeb in den Institutsrat gewählt.

Christoph Auer, BE

3.10 Andere Vertretungen

Die SSK wird in einigen nationalen Gremien durch Kader der kantonalen Staatskanzleien vertreten.

3.10.1 Planungsausschuss E-Government Schweiz

Zwischen Juli 2020 und Mai 2021 fanden sechs Sitzungen des Planungsausschusses statt.

Der Planungsausschuss hat sich im Jahr 2020 eingehend mit der laufenden Transition hin zur DVS befasst und die Konsequenzen für die von E-Government Schweiz unterstützten Projekte abgeschätzt. Aufgrund der Pandemie musste das Programm der Arbeitssitzungen und Veranstaltungen angepasst werden, wobei verstärkt digitale Mittel dafür eingesetzt wurden.

Der Planungsausschuss hat 21 Beschlüsse gefasst, um die Kontinuität der laufenden Arbeiten zu gewährleisten und das Monitoring der Aktivitäten zu validieren. Er hat die von der Geschäftsstelle E-Government Schweiz erarbeiteten Entwürfe an mehreren Sitzungen (unter Miteinbezug der Kantone) diskutiert und anschliessend zuhänden des Steuerungsausschusses weitergeleitet.

Peppino Giarritta wurde vom BR zum Direktor der DVS und Cédric Roy vom Walliser Staatsrat zum Delegierten für die digitale Verwaltung der Walliser Kantonsverwaltung ernannt. Der Planungsausschuss gratuliert beiden zu ihren neuen beruflichen Herausforderungen.

Silvano Petrini, TI

3.10.2 Interkantonale Fachgruppe E-Government (FG e-Gov)

Die interkantonale Fachgruppe E-Government der SSK konnte trotz erschwerten Bedingungen regelmässig tagen und wichtige Themen behandeln. Nebst den Kantonsvertretungen und der Geschäftsstelle E-Government Schweiz nahmen die Bundeskanzlei und das SECO an allen Sitzungen teil und berichteten über aktuelle und künftige E-Government-Vorhaben. Unter anderem wurden auch Themen wie beispielsweise «E-Government-Benchmark der Europäischen Kommission», «ePublikation» und «Geschäftsarchitektur für E-Government-Services» behandelt. Die geplante Vereinigung der Schweizerischen Informatikkonferenz SIK und E-Government Schweiz zur Digitalen Verwaltung Schweiz begleitete uns in allen Sitzungen. So berichtete Peppino Giarritta, Beauftragter von Bund und Kantonen für die Digitale Verwaltung Schweiz DVS, regelmässig über die Bemühungen zum Aufbau der Organisation.

Marc Heuberger, GR

4 Laufende Projekte

4.1 E-Voting

Auf Anregung des Vorstands und im Einvernehmen mit der Bundeskanzlei hat die SSK beschlossen, ihre Organisation zur Unterstützung des E-Voting-Projekts umzustrukturieren.

4.1.1 Steuerungsausschuss Vote électronique (SA VE)

Die Vorbereitung der Steuerungsausschusssitzungen unter den Kantonen hat sich bewährt, das pandemiebedingte Abhalten von Videositzungen ermöglicht zudem zusätzliche kurze Absprachen. Die Kolleginnen und Kollegen können sich dabei auf äusserst fundierte Vorarbeiten der kantonalen Projektverantwortlichen stützen, die an dieser Stelle herzlich verdankt sei.

An der Medienkonferenz vom 21. Dezember 2020 stellten der Bundeskanzler und die Präsidentin der Staatsschreiberkonferenz den gemeinsamen Schlussbericht zur Neuausrichtung und Wiederaufnahme der Versuche vor. Die Präsidentin der Staatsschreiberkonferenz wies an der Medienorientierung ausdrücklich auf die beiden Herausforderungen hin, welche die Neuausrichtung an die Kantone stellt: Zum einen ist die Limitierung des elektronischen Elektorats auf 30 % pro Kanton ein harter Schlag für alle E-Voting-Kantone, die ihre Projekte resp. Finanzierungen unter der Prämisse des flächendeckenden Einsatzes vorangetrieben haben. Zum andern bringt der Massnahmenkatalog in den nächsten drei, vier Jahren einen Finanzbedarf von über 6 Mio. Franken, den die Kantone nicht alleine stemmen können.

Anfangs der Sommerferien 2021 startete der Bund die unabhängige Überprüfung des Post-Systems und seines Betriebs. Sie wird mehrere Monate dauern und als eine der Grundlagen für den Entscheid dienen, ob die Kantone die Versuche mit diesem System wiederaufnehmen können.

Barbara Schüpbach-Guggenbühl, BS

4.1.2 Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen und -kanzler

Die Arbeitsgruppe der Staatskanzlerinnen und -kanzler für das E-Voting ist das Treffen der Staatskanzlerinnen und -kanzler aller am E-Voting-Projekt interessierten oder beteiligten Kantone (BS, SG, TG, FR, GR, NE, BE, SH, ZH, GL, TI, GE). Diese Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, das gemeinsame Vorgehen der Kantone im Rahmen des Projekts zu steuern. Sie bereitet die Sitzungen des Steuerungsausschusses Vote électronique vor und dient als Plattform für die strategische Diskussion zwischen Staatskanzlerinnen und -kanzlern zu diesem Thema. Sie trat im Berichtszeitraum fünf Mal zusammen (10. September, 2. und 27. November, 12. März und 21. Juni). Die wichtigsten Aktivitäten betrafen das Projekt zur Wiederaufnahme des E-Voting nach dessen Abbruch 2019.

Danielle Gagnaux-Morel, FR

4.1.3 Unterarbeitsgruppe zur Wiederaufnahme des E-Voting

Nach der Aufdeckung von Schwachstellen und der Veröffentlichung des Quellcodes der von der Post entwickelten E-Voting-Anwendung im Jahr 2019, hat der Bundesrat die Bundeskanzlei beauftragt, die Testphase in Zusammenarbeit mit den Kantonen Bern, Freiburg, Basel-Stadt, St. Gallen, Graubünden, Aargau, Thurgau und Neuenburg sowie der Post neu zu gestalten.

Es wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die diese Arbeiten zwischen Dezember 2019 und Oktober 2020 durchführte. Es fand ein intensiver Dialog mit der wissenschaftlichen Community statt. Anhand eines Fragebogens, der sechs Bereiche abdeckte, äusserten sich Expertinnen und Experten dazu und tauschten ihre Meinungen aus.

Das Ergebnis dieser Arbeit ist ein Bericht, der auf der Website der Bundeskanzlei zur Verfügung steht. Die Experten kamen zum Schluss, dass in den Bereichen Sicherheit, Transparenz und unabhängige Prüfung Handlungsbedarf besteht, wobei sie aber auch hervorhoben, dass in den letzten Jahren auch Fortschritte erzielt wurden.

Nicolas Fellay, FR

4.1.4 Arbeitsgruppe Kommunikation

Seit dem 1. Juli 2020 ist diese Arbeitsgruppe neu organisiert. Geleitet wird sie von Patrick Mülhauser, Verantwortlicher für Aussenbeziehungen bei der Staatskanzlei des Kantons Freiburg. In dieser Arbeitsgruppe sind auch die Kantone Thurgau, St. Gallen und die Post vertreten. Die Bundeskanzlei ist nicht Teil der Arbeitsgruppe. Es findet jedoch ein Austausch statt. Ziel ist eine proaktive, sachgerechte und koordinierte Kommunikation der Wiederaufnahme des E-Votings.

Patrick Mülhauser, FR

4.1.5 Arbeitsgruppe Zukunft der elektronischen Stimmabgabe

An seiner Sitzung vom 17. März 2021 hat der Steueraussschuss Vote électronique (SA VE) beschlossen, die geplanten Arbeiten der «AG Zukunft der elektronischen Stimmabgabe» vorläufig zu sistieren. Dies aus Ressourcengründen, da die BK und die Kantone ihre Kräfte nun ganz auf die Wiederaufnahme des Versuchsbetriebs ausrichten müssen. Die Staatskanzlei des Kantons Bern ist jedoch daran, einen Bericht mit einer ersten schriftlichen Auslegeordnung zum Thema zu erarbeiten. Dieser soll als Grundlage für den Start der geplanten Arbeiten dienen.

Christoph Auer, BE

4.2 Begleitgruppe Digitale Verwaltung

Die Begleitgruppe Digitale Verwaltung, die unter der Co-Leitung der Generalsekretärin des EFD und des stellvertretenden Generalsekretärs der KdK aus Mitgliedern der drei Staatsebenen zusammengesetzt war, hat in drei Sitzungen (19. Juni, 17. September, 26. November 2020) die Arbeiten zur Umsetzung der «politischen Plattform mit Standardentwicklung» begleitet. Dabei wurden drei Teilberichte zum Leistungsauftrag, zu den organisatorischen Grundlagen und zur Finanzierung der neuen Organisation «Digitale Verwaltung Schweiz DVS» behandelt sowie der Entwurf der öffentlich-rechtlichen Rahmenvereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen sowie der Entwurf des zusammenfassenden Grundlagenberichts diskutiert.

Diese Grundlagen wurden am Treffen von Bundesrat Ueli Maurer und Regierungspräsident Anton Lauber, Delegierter der KdK, positiv gewürdigt und für die Vernehmlassung auf politischer Ebene, die in der Zwischenzeit bereits stattgefunden hat, freigegeben.

Kathrin Arioli, ZH

Arnoldo Coduri, TI

5 Weitere Aktivitäten

5.1 Veröffentlichung von Studien

Im Berichtszeitraum hat die SSK keine Studien durchgeführt.

5.2 Interkantonale Vergleiche

5.2.1 Digitale Verwaltung

Die Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt hat eine Umfrage bei den Kantonen durchgeführt, um die verschiedenen Lösungen der Kantone im Bereich der digitalen Verwaltung zu ermitteln. Das Thema Digitalisierung wurde anlässlich der Regierungsklausur am 31. Mai 2021 behandelt. Die Ergebnisse der Umfrage stehen in der Closed Used Group der KdK zur Verfügung

5.2.2 Digitale Veröffentlichung des Amtsblattes

Die Staatskanzlei des Kantons Zug hat eine Umfrage zur digitalen Publikation des Amtsblattes durchgeführt, um herauszufinden, ob die Kantone ihre gesetzlichen Grundlagen für ihre jeweiligen digitalen Verzeichnisse angepasst haben. Die Ergebnisse der Umfrage stehen in der Closed Used Group der KdK zur Verfügung

5.2.3 Regierungsfahrzeuge der Kantone

Der Kanton Basel-Stadt hat eine Umfrage zu den Fahrzeugen der kantonalen Regierungen und der Bundesverwaltung durchgeführt. Die Ergebnisse der Umfrage stehen in der Closed Used Group der KdK zur Verfügung